

## **Die Gewerkschaften und der antifaschistisch-demokratische Staat**

Das Verhältnis der Gewerkschaftsbewegung zu unserem neuen Staat, der Deutschen Demokratischen Republik, wird in Zusammenhang mit den Aufgaben der Gewerkschaften, der Erfüllung des Fünfjahrplanes und der Satzung auf dem 3. FDGB-Kongreß diskutiert werden. Zur Vorbereitung dieser Diskussion scheint es notwendig, die Rolle des Staates und die Rolle der Gewerkschaften zu untersuchen, um das gegenseitige Verhältnis zu klären.

Die antifaschistisch-demokratische Ordnung ist keine Wiederherstellung der gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse, die in Deutschland vor dem Jahre 1933 vorhanden waren. Der Träger der antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen. In der Verwaltung und im Staatsapparat hat die Arbeiterklasse entscheidende Positionen inne, und sie ist die führende Kraft im antifaschistisch-demokratischen Block, da die Arbeiterklasse die junge, vorwärts-trebende, fortschrittliche Klasse ist.

In der Entschließung zum III. Parteitag der SED heißt es unter Ziffer II, 5:

**„Zum erstmalig in der Geschichte Deutschlands wurde ein demokratischer deutscher Staat geschaffen! ...**

**Zum erstmalig in der Geschichte Deutschlands wurde ein friedliebender deutscher Staat geschaffen! ...**

**Zum erstmalig in der Geschichte Deutschlands wurde ein deutscher Staat geschaffen, in dem die Arbeiterklasse entscheidende Positionen innehat.“**

Nach der Zerschlagung des Faschismus in Deutschland durch die Sowjetunion wurden auf dem Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik mit Unterstützung der Sowjetischen Militäradministration in konsequenter Erfüllung des Potsdamer Abkommens neue politische und ökonomische Verhältnisse geschaffen. Der alte Staatsapparat wurde zerschlagen und damit der Weg für den Aufbau eines den neuen Verhältnissen entsprechenden Staatsapparates freigelegt. Gleichzeitig wurden die Großgrundbesitzer und die Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher enteignet und die Monopolkapitalisten beseitigt. Die ökonomische Grundlage der Deutschen Demokratischen Republik sind die volkseigenen Betriebe, die volkseigenen Güter und die kommunalen und staatlichen Unternehmen. In diesem Teil der Wirtschaft wurde die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufgehoben. Diese Betriebe sind die Grundlage der demokratischen Wirtschaft, die durch den Wirtschaftsplan einen den Bedarf der werktätigen Bevölkerung deckende Friedenswirtschaft ist und keine Krisen und keine Erwerbslosigkeit kennt.

Der antifaschistisch-demokratische Staat hat als gesetzliche Grundlage eine neue Verfassung. Diese Verfassung garantiert das Recht auf Arbeit, Versorgung im Alter und eine Reihe anderer das Leben der Bevölkerung sichernder Maßnahmen sowie weitgehende demokratische Freiheiten. Die Gesetzgebung konkretisiert und sichert die in der Verfassung festgelegten Bestimmungen. Das kommt besonders im Landarbeiterschutzgesetz, im Jugendgesetz, im Gesetz der Arbeit und in den Kulturverordnungen zum Ausdruck. Alle Maßnahmen, die der Staat zur besseren Versorgung der werktätigen Bevölkerung und zur Erhöhung des Lebensstandards ergreift, sind in den Volkswirtschaftsplänen verankert. Die Steigerung des Lebensstandards, der in der Durchführung des Fünfjahrplanes eine in Deutschland noch nie gekannte Höhe erreichen wird, ist der sichtbare Ausdruck. Die Erhöhung des Lebensstandards hängt von der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes ab; er kann nur in dem Tempo verbessert werden, wie die Ziele des Volkswirtschaftsplanes erreicht werden. Der Volkswirtschaftsplan, der von der Regierung der Deutschen Demokratischen

Republik beschlossen wurde, kann nicht erfüllt werden ohne die Mobilisierung der Menschen. Genosse Stalin sagte in seiner Rede in der Beratung der Wirtschaftler im Jahre 1931:

**„Es wäre töricht, zu denken, der Produktionsplan bestehe in einer Aufzählung von Zahlen und Aufgaben. Der Produktionsplan ist in Wirklichkeit die lebendige und praktische Tätigkeit von Millionen Menschen ... Die Realität unseres Programms, das sind lebendige Menschen, das sind wir alle miteinander, das ist unser Arbeitswille, unsere Bereitschaft, auf neue Art zu arbeiten, unsere Entschlossenheit, den Plan zu erfüllen.“**

Die Gewerkschaften sind aber die große Massenorganisation der Arbeiter, Angestellten, Techniker und Ingenieure. Sie sind die Organisation der Massen, die dem Plan Leben geben und ihn erfüllen. Die Gewerkschaften müssen daher die große mobilisierende Kraft unter den Massen der Werktätigen sein. Es ist daher ihre Aufgabe, all ihren Mitgliedern die neuen politischen und ökonomischen Verhältnisse, die Bedeutung des Planes zur Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, zur Erhöhung des Lebensstandards und zur Hebung des kulturellen Standes aufzuzeigen.

Eine ihrer vornehmsten Aufgaben ist es, das Staatsbewußtsein und Nationalbewußtsein der Werktätigen zu wecken und sie zu bewußten Erbauern und Verteidigern ihrer neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu machen. Hierin liegt der ganze Unterschied zur alten Gewerkschaftsbewegung. In der kapitalistischen Wirtschaft ist es die Aufgabe der Gewerkschaften, um das Leben der Arbeiter zu sichern, gegen den kapitalistischen Staat und gegen die kapitalistische Ausbeutung mit dem Ziel der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu kämpfen. In der antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist es ihre Aufgabe, die Massen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Senkung der Produktionskosten und zur Verbesserung der Technik zu mobilisieren. Dazu gehört aber auch, den werktätigen Menschen die Möglichkeit zur Erweiterung ihres fachlichen, geistigen und politischen Wissens zu schaffen.

Die Sicherung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung bedingt die Mitarbeit in der Wirtschaft und im Staatsapparat. Die Mitarbeit in der Wirtschaft findet ihren Ausdruck in den Verwaltungsräten der Vereinigungen volkseigener Betriebe, unmittelbar in der Produktion durch die Produktionsberatungen und bei der Aufstellung des VEB-Planes.

Die Mitarbeit im Staate findet ihren Ausdruck in der Beteiligung an der Ausarbeitung der Gesetze und der Beteiligung an der Gesetzgebung selbst durch die Abgeordneten der Gewerkschaften in den Parlamenten. Der Kampf gegen Reaktionäre in Wirtschaft und staatlicher Verwaltung und der Kampf gegen die Agenten der deutschen und ausländischen Monopolkapitalisten, der unablässig von den Gewerkschaften geführt werden muß, ist genau so wie die Mobilisierung der Millionen Gewerkschaftsmitglieder für den Kampf um den Frieden von entscheidender Bedeutung für die Sicherung und Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung.

Die fortschrittlichen Gewerkschaftler ganz Deutschlands stärken und verteidigen bewußt die antifaschistisch-demokratische Ordnung. Die fortschrittlichen Gewerkschaftler in ganz Deutschland bekämpfen bewußt den von den amerikanischen Imperialisten errichteten Kolonialstaat, der im Gegensatz zur Deutschen Demokratischen Republik, die ein Bollwerk des Friedens ist, als Ausgangspunkt eines neuen Weltkrieges gegen die Sowjetunion, die Volksdemokratien und auch die Deutsche Demokratische Republik organisiert wurde.

Auszug aus dem Pressedienst vom 28. August 1954